Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 6. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 160 — 95. Jahrgang. Drahtanschrift: „Tageblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, den 11. Juli 1936

Spiel mit dem Feuer.

Die bolschewistische Einflußnahme auf die innere Politik einer ganzen Reihe von Staaten wird immer unverhüllter und kühner. Das beste Beispiel gibt uns Frankreich, dessen Regierung besonders stolz ist auf das Bündnis mit Moskau. Paris hat sich angewöhnt, dieses Sowjetbündnis bei internationalen Verhandlungen in die Waagschale zu werfen, und die roten Diktatoren in Moskau nutzen diese französische Taktik gründlichst für sich aus. Frankreich wirft den Sowjets die Bälle zu und übersieht doch dabei, daß die Sowjetherrscher die Freundschaft mit den Franzosen für ihre Propaganda und Zersetzungszwecke ausnutzen. Schon mehren sich die Stimmen in den Volksfrontparteien, die vor einer allzu dicken Freundschaft mit den Moskowitern warnen, weil sie die Auswirkungen des Freundschaftsbundes täglich vor Augen sehen. Da hat kürzlich der Bürgermeister einer größeren französischen Stadt geschildert, wie er dem Regiment der Ortssowjets ausgesetzt ist, die sich als die wirklichen Herren in der Stadt fühlen und einen unerträglichen Druck auf die Stadtverwaltung ausüben. Diese Ortssowjets gibt es überall in Frankreich. Sie wurden gleich nach Abschluß des französisch-sowjetrussischen Bündnisses gegründet und bilden die Urzelle des Sowjetstaates Frankreich, wie Moskau ihn erstrebt. Erfolgten diese bolschewistischen Zellengründungen zunächst im geheimen, so haben die Agenten Moskaus die Maske in dem Augenblick abgeworfen, als die Regierung der Volksfront in Frankreich ans Ruder kam und die Unterstützung der Kommunisten suchte und fand. Heute sehen es die Kommunisten in Frankreich als selbstverständlich an, daß sie Einfluß auf die innere Politik des Landes nehmen.

Wie es in Frankreich ist, so ist es auch in der Tschechoslowakei. Nach Abschluß des tschechischen Bündnisses mit Moskau haben die Sowjets die Tschechoslowakei als Basis für den Vorstoß nach Mitteleuropa ausgebaut. Die tschechische Regierung ist den Wünschen der Moskauer Machthaber weitest entgegengekommen und hat sich gern als Sturmbock Moskaus gebrauchen lassen. Kein Wunder, wenn sich die Abgesandten der Komintern in der Tschechoslowakei frei und offen bewegen und unverhüllt bolschewistische Propaganda treiben. Aber den Parteien im tschechischen Parlament, die die Taktik ihrer Regierung billigten, scheint jetzt auch ein Licht aufzugehen. Dafür spricht eine Erklärung des Landesobmanns für Böhmen der Tschechischen Katholischen Partei, Monsignore Staschek, der auf einer öffentlichen Kundgebung scharf gegen das Auftreten der bolschewistischen Propagandisten Stellung nahm und eindringlichst vor den gefährlichen Folgen des Bündnisses mit Sowjetrußland warnte. Es ist interessant, aus dem Munde eines führenden Politikers zu erfahren, wie weit der Bolschewismus in der Tschechoslowakei bereits Fuß gefaßt hat. Nach Angaben Staschets gibt es Mittelschulen, in denen zwei Drittel der Schüler kommunistisch organisiert sind. Besondere Vereine pflegen die bolschewistische Propaganda, und an ihrer Spitze stehen Persönlichkeiten, die die tschechische Jugend an den Hochschulen unterrichten. Die tschechischen Kinos spielen mit Vorliebe sowjetrussische Filme, und in den Theatern werden bolschewistische Stücke aufgeführt. Tschechische Staatsangehörige fahren in Massen nach Sowjetrußland und werden dort für die bolschewistische Propaganda eingefangen. Der Abgeordnete Staschek schloß seinen Bericht mit dem vielsagenden Satz, daß es in Mitteleuropa wohl keinen Staat gibt, in dem die bolschewistische Propaganda so ohne Einschränkung durchgeführt werden könnte wie in der Tschechoslowakei.

In diesen beiden Staaten ist der Bolschewismus erst im Vormarsch. Aber er hat sich bereits sichere Vorpostenstellungen ausgebaut, aus denen er den Angriff jederzeit weiter vortragen wird. Demgegenüber ist Spanien vom Bolschewismus so gut wie erobert. Dort kennen die Agenten Moskaus überhaupt keine Rücksicht mehr. Die spanische Arbeiterschaft ist völlig in den Händen der roten Agitatoren und treibt einen Terror im Lande, der die vollkommene Zersetzung und Auflösung der Staatsordnung bedeutet. Die Streiks in Spanien sind eine Dauererscheinung, die von dem anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsverband systematisch organisiert und geschürt werden. Die Kommunisten haben einen großen Einfluß auf die spanische Regierung und diktieren ihr ihre Forderungen.

Man erkennt die Taktik der Bolschewisten und kann sich nur immer wieder darüber wundern, daß es Regierungen gibt, die kurzsichtig und leichtfertig genug sind, sich durch die Friedensdeklamationen und das demokratische Gehabe der sowjetrussischen Vertreter, die mit den Waffen der Kommunistischen Internationale einen ständigen Angriffskrieg gegen jeden innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Frieden führen, einfangen zu lassen. Die Ungeniertheit, mit der die bolschewistischen Agitatoren in den einzelnen Ländern auftreten, beweist ihre Selbstsicherheit und Siegeszuversicht. So läßt eigentlich Moskau heute niemand mehr im Zweifel darüber, wo es seine Ziele sucht. Um so unverständlicher ist es, daß unter Verkennung des offensichtlichen Tatbestandes immer noch Bestrebungen im Gange sind, die gefährliche Bündnispolitik mit Moskau weiter zu treiben. Ein verhängnisvolles Spiel mit dem Feuer! Die Verhandlungen über die Dardanellenfrage in Montreux, bei denen Sowjetrußland kühl und nüchtern den Wechsel präsentierte, haben England stutzig gemacht. Wir verfolgen mit Interesse weiter, was England nunmehr tun wird, ob die Strömungen, die die Gefahr einer Verbindung mit Moskau offen erkennen und vor ihr warnen, stärker sind als die britischen Geschäftspolitiker, die selbst die drohende Gefahr mit in ihre Rechnung stellen, weil sie britische Politik nach altem Muster machen.

Neue Knebelung der Sudetendeutschen.

Die „kriegswichtigen" Betriebe der Tschechoslowakei.

Die industrielle Mobilmachung des tschechoslowakischen Staates.

In der tschechischen Gesetzessammlung erschienen drei weitere Durchführungsverordnungen der tschechoslowakischen Regierung zum Staatsverteidigungsgesetz. Die wichtigste der drei Verordnungen betrifft die Durchführungsbestimmungen des Staatsverteidigungsgesetzes durch Festsetzung der kriegswichtigen Betriebe. Als „kriegswichtig" werden nahezu sämtliche Industriebetriebe bezeichnet. Kriegswichtige Betriebe sind auch Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie alle Verkehrsunternehmungen, gesundheitliche Anstalten und Einrichtungen, ferner Organisationen, die für den gemeinsamen Ankauf und Verkauf von Rohstoffen geschaffen wurden. Ferner dürfen in allen für die Staatsverteidigung wichtigen Unternehmungen „staatlich unzuverlässige Personen" nicht beschäftigt werden.

800 Schuß in der Minute.

Kammeraussprache über das an Moskau gelieferte französische Wundergeschütz.

Die französische Kammer befaßte sich mit der Interpellation des Abgeordneten der Rechten de Kerillis über die Auslieferung des Geheimnisses eines Maschingewehrturms Alcan und des Flugzeuggeschützes Typ 23 an die Sowjets. Das Flugzeuggeschütz, das durch den Propeller schießt, stellt eine Kriegswaffe erster Ordnung dar.

In der Aussprache, die der Luftfahrtminister Cot beantragt hatte, machte de Kerillis Ausführungen über die neue Waffe. 1932 sei ein Flugzeuggeschütz von der Firma Hispano konstruiert worden, von dem 250 Geschütze gekauft und montiert worden seien. Die Firma Hispano konstruierte ein zweites Geschütz Nr. 20, dann ein anderes Geschütz Nr. 23, die augenblicklich ausprobiert würden. Alle beide stellten einen bedeutenden Fortschritt über das vorhergehende Geschütz dar, weil sie statt 400 nun 800 Schüsse in der Minute abgäben. Augenblicklich existieren erst zwanzig Exemplare von der neuen Waffe. England und die Tschechoslowakei hätten von Frankreich ein Muster des 20er-Geschützes verlangt, Rußland eins vom 23er-Geschütz.

Der Luftminister habe England und der Tschechoslowakei ein Muster vom Geschütz 20 bewilligt, aber er habe schon an Sowjetrußland ein Geschütz 23 ausgeliefert,

das überlegen sei. Der Redner wandte sich dann scharf dagegen, daß diese Waffen an andere Länder ausgeliefert worden seien, und machte hierfür das Spionagegesetz von Trotzki verantwortlich. De Kerillis richtete in diesem Zusammenhang Angriffe gegen den Luftfahrtminister, dessen Auffassung dazu führe, alle Staatsgeheimnisse abzuschaffen. Luftfahrtminister Cot erwiderte, daß es sich vor allem darum handele, zu wissen, ob mit der Sowjetunion das

Prinzip der technischen Zusammenarbeit

angewendet werden müsse. Der Minister sei entschlossen, diese technische Zusammenarbeit mit allen Staaten zu beginnen, die wie Frankreich das System der kollektiven Sicherheit unterstützen. Wenn es notwendig wäre, würde der Minister diese Zusammenarbeit auch auf Italien, auf Deutschland und auf die Staaten ausdehnen, die mit der Unterschrift unter gegenseitigen Unterstützungspakten den Beweis erbringen würden, daß sie bereit seien, sich gegen einen Angreifer zu erheben. Außerdem schlösse das Prinzip die Gegenseitigkeit in sich. Es gäbe keine einseitige Zusammenarbeit. Weiter wandte sich der Minister dagegen, daß diese Frage in der Kammer behandelt würde, wegen der Rückwirkungen einer solchen Debatte im Ausland. Jetzt würden gewisse Leute an ein Militärbündnis zwischen Frankreich und Rußland glauben. Der Minister wiederholte, daß ein solches Militärbündnis zwischen Frankreich und den Sowjets nicht bestehe. Zum Schluß erklärte der Minister, daß die technische und industrielle Zusammenarbeit eine Notwendigkeit sei. Die Frage ob die Bedeutung des Geschützes so groß sei, daß es nicht abgetreten werden könne, sei eine Frage der Regierung, auf die der Minister nicht antworten werde. Die Regierung wünsche, daß Probleme, die die Landesverteidigung betreffen, nicht immer vor die Tribünen der Kammer gebracht werden.

Der Abgeordnete de Kerillis verlangte im Anschluß an die Rede des Ministers, daß der Luftausschuß des Parlaments eine Untersuchung über die Auslieferung einer die nationale Verteidigung angehenden Waffe an eine ausländische Macht anstellen solle. Luftminister Pierre Cot stellte darauf die Vertrauensfrage. Bei der Abstimmung wurde dem Minister das Vertrauen ausgesprochen.

Die englisch-italienische Entspannung.

Nach Verringerung der Mittelmeerflotte Aufhebung der Sanktionen — Wird Italien jetzt zu den internationalen Verhandlungen zurückkehren?

Die Verringerung der britischen Mittelmeerflotte und die Aufhebung der englischen Sanktionsmaßnahmen bedeuten die Liquidierung des englisch-italienischen Konflikts und zweifellos eine Entspannung der europäischen Lage. König Eduard VIII. unterzeichnete am Freitag im Buckingham Palace eine Verordnung, wonach die gegen Italien verhängten Sanktionsmaßnahmen mit dem 10. Juli aufgehoben werden. An der feierlichen Handlung nahmen der Lordpräsident Ramsay Mac Donald, der Lordsiegelbewahrer Lord Halifax, Arbeitsminister Brown und der Haupteinpeitscher der Konservativen Partei, David Margesson, teil.

Die französische Regierung hat durch ihre Botschafter der britischen und der italienischen Regierung mitgeteilt, daß mit der Aufhebung der Sanktionen gegen Italien auch das im November vorigen Jahres mit England abgeschlossene gegenseitige Unterstützungsabkommen im Mittelmeer hinfällig würde. Gleichzeitig hat der französische Botschafter in London bei seinem Besuch auf die britische Regierung einzuwirken versucht, daß England dieselbe Haltung in bezug auf sein mit Spanien, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei geschlossenes Abkommen einnimmt.

Es bleibt abzuwarten, wieweit Italien den Zeitpunkt als gekommen ansieht, um sich wieder in die internationalen Verhandlungen einzuschalten. Das eine kann Mussolini schon jetzt für sich buchen: die Sanktionspolitik ist vollkommen gescheitert, und England hat ein Interesse daran, seinen Ansehensverlust möglichst schnell wieder auszugleichen.

Aus dem Mittelmeer dampfen bereits die ersten englischen Kriegsschiffe heim. Die Kreuzer „Neander" und „Cornwall" sind schon auf dem Heimweg nach England, weitere Schiffe werden in nächster Zeit folgen. Die britische Flotte im Mittelmeer wird aber nach der Zurückziehung dieser Schiffe immer noch etwas stärker sein als vor dem Abessinien-Streitfall. Die Schlachtschiffe „Hood" und „Repulse" werden der Mittelmeerflotte ständig zugeteilt.

In amtlichen englischen Kreisen wird erklärt, daß die Heimatflotte im Notfall stets für die erneute Verstärkung der Mittelmeereinheiten verfügbar sein werde. Die Fahrtdauer für Kriegsschiffe von England nach Gibraltar betrage 48 Stunden. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die in den britischen Mittelmeerstützpunkten für die Unterbringung zusätzlicher Schiffe getroffenen Vorkehrungen ständiger Natur sein werden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF